



12.12.2014

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren

Kennen Sie Kiribati? Wenn nicht, keine Wissenslücke, die nicht verzeihbar wäre. Allerdings- nach dem in Lima stattgefundenen Klimagipfel muss uns allen klar sein, dass dieses in der Südsee befindliche Atoll in wenigen Jahrzehnten nicht mehr existieren wird und ca 100 000 Menschen umgesiedelt werden müssen. Horrorszenario oder grausige Wahrheit? Um den tatsächlichen Zeitpunkt kann man sich streiten, aber dass es soweit kommen wird, steht fest. Bereits jetzt weisen Wetterextreme auf sich abzeichnende Folgen des Klimawandels hin.

Kibali ist weit – Göppingen wird nicht im Meer versinken. Aber wir alle wissen ganz genau, dass wir betroffen sind und sein werden: Hagelschäden, Überschwemmungen, extreme Klimaschwankungen. Das Sankt-Floriansprinzip hilft nicht, dieses globale Problem zu lösen.

Industrie und Schwellenländer müssen alles tun, den Treibhauseffekt weiter zu verringern und die Abkehr von der fossilen Wirtschaft zu beschleunigen. Wie schwer dies in der real existierenden Politik umgesetzt wird, beweist der Streit um die Zukunft der Kohle in Deutschland. Wegweisend wäre es, wenn verbindlichen CO₂-Emissionen festgelegt würden und die Staaten diese auch erreichen müssen. Zahlreiche Prüfaufträge helfen da nicht weiter.

Wie kontrovers dies auch im Kleinen, sprich unserem Landkreis sein kann, beweist die Diskussion um Windkraftstandorte. Dezentrale erneuerbare Energiegewinnung hilft auch bei der Vermeidung weiterer Stromtrassen. Wir meinen, die Öffentlichkeit

muss hierzu viel besser informiert werden. Es gibt die Energieagentur und weitere Beratungsmöglichkeiten, die aber nicht alles abdecken können an Informationen. Wie sieht es mit der Zukunft der Energiegewinnung aus? Wie kann mittelfristig auf den Einsatz von fossilen Kraftwerken verzichtet werden? Wie kann der Landkreis Einfluss nehmen auf seine Bürger, um das große Ziel eines klimaneutralen Landkreises zu erreichen? Wie können Betriebe, aber auch Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, mit ihren Möglichkeiten ihren Beitrag zu leisten? Ein tolles Beispiel hierfür ist die Plant –for-the-Planet Initiative“. Dieses als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnete Projekt vermittelt in eintägigen Seminaren nachhaltiges Denken und Handeln. Lüblich hervorzuheben ist die Initiative des Fördervereins der kaufmännischen Schule und der KSK Göppingen, in Göppingen ebenfalls eine Akademie zu errichten.

A: Wir fordern, zusammen mit den obengenannten und im Schulterschluss mit der Energieagentur ein Konzept zu entwickeln, um breitenwirksam und mit Unterstützung der Presse Informations- und Handlungsangeboten für verschiedene Zielgruppen bereitzustellen.

Die Veranstaltung der kommunalen Klimaschutzhelden halten wir für den richtigen Ansatz, haben aber den Eindruck, dass Mandatsträger zwar wichtige Entscheidungsträger, aber zeitlich immer mehr beansprucht und schwierig zu gewinnen sind.

Als Erfolg für den Landkreis kann der gewonnene Wettbewerb „Leitstern Energieeffizienz“ bezeichnet werden. Hierzu herzlichen Glückwunsch, verbunden mit der Aufforderung, kreisweit Verbündete für eine tatsächliche Energiewende zu suchen.

A: In der 2. Jahreshälfte fordern wir einen Bericht über die Teilfortschreibung der Windparks im Landkreis.

Verkehr

Ein Drittel der CO2 Emissionen in Baden-Württemberg stammen aus dem Verkehr – zum Vergleich: aus der Industrie sind es 15%. Angesichts unserer ehrgeizigen Klimaschutzziele und der gesundheitlichen Belastungen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, diesen – im Übrigen höchsten relativen Schadstoffausstoß unter den Bundesländern – zu reduzieren.

Wir plädieren für eine Verkehrswende zugunsten von Fußgängern, Radfahrern und ÖPNV. Da die Maßnahmen in diesem Sinne einen hohen Personaleinsatz erfordern, unterstützen wir ausdrücklich die **Aufstockung im Amt für Mobilität**.

Die Landesregierung möchte im Jahr 2020 einen Fahrradanteil von 20% am Gesamtverkehr erreichen. Wir haben im Landkreis mit dem Radverkehrskonzept von 2011 eine wichtige Vorarbeit geleistet. Die Umsetzung verläuft in einigen Kommunen eher schleppend. Im Zusammenhang mit dem **Radaktionstag**, den wir für eine sinnvolle Werbemaßnahme halten, erbitten wir einen Bericht der Verwaltung zum Umsetzungsstand und erhoffen uns schon von der Nachfrage einen mobilisierenden Effekt.

A: Wir beantragen einen Bericht im UVA über den Stand der Umsetzung der Radverkehrskonzeption in den einzelnen Kommunen in der zweiten Jahreshälfte.

Der Landkreis gewinnt in den letzten Jahren an touristischer Attraktivität – auch für Fahrradfahrer. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an eine Ausweitung der Fahrradmitnahme in Bussen, die aber aus bekannten Gründen ins Stocken geraten ist.

E-mobilität im Fahrradbereich ermöglicht die Gewinnung neuer Nutzergruppen.

A: Wir fordern ein Gespräch mit der Stadt Göppingen, wie die Kommunen in eine Pedelec- Vernetzung mit der Pedelec-Station in Göppingen gebracht werden können.

Wir begrüßen den **Nahverkehrsplan** und erwarten durch ihn eine deutliche Verbesserung im Blick auf Anbindungen, Taktzeiten, Qualität in den Bussen und die Vernetzung mit der Bahn. Dazu gehört auch die Echtzeitenverbindung über Namoreg. Der Nahverkehrsplan, der auch neue NutzerInnen erschließen soll,

erfordert dringend eine entsprechende Aufenthaltsqualität auf dem Busbahnhof. Der neue Fahrplan muss einhergehen mit einem attraktiven Busbahnhof.

A: Wir beantragen im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan Gespräche mit der Stadt Göppingen über den Busbahnhof.

Die Aufenthaltsqualität des Busbahnhofes, die Verbindlichkeit der Abfahrtsbahnsteige mit entsprechend großer Beschilderung und digitaler Anzeigen der Abfahrten, Beleuchtung, Beleuchtung der Fahrpläne, ausreichende Sitzmöglichkeiten, Sauberkeit etc. stellen kein Aushängeschild für den Nahverkehr dar und bedürfen dringend einer Verbesserung.

Wir sehen die im ÖPNV- Pakt vereinbarten **Expressbuslinien als Chance für den Landkreis**. Eine Linie von Kirchheim nach Göppingen ermöglicht den Ringschluss, der auf absehbare Zeit auf der Schiene nicht zu erreichen ist. Wir favorisieren eine Linie über Bad Boll, um das Voralbgebiet anzubinden an die Arbeitsplätze auf den Fildern, bzw. darüber hinaus Richtung Böblingen. Da wir keine Verkehrsumlage zahlen ist die Finanzierung zu klären und für den Landkreis darzustellen

A: Wir beantragen zeitnahe Gespräche mit der Region über die Ausgestaltung und die Finanzierung einer Linie Kirchheim, Bad Boll, Göppingen, durchgebunden bis zum Flughafen.

Anschließend muss im Kreistag eine Finanzierungsentscheidung gefällt werden, um eine Inbetriebnahme 2017 zu gewährleisten.

Mit Schwung gestartet und als Bettvorleger gelandet ? Ganz so drastisch sehen wir das Ergebnis einer honorigen Reisegruppe nach Berlin nicht. Wir sehen uns allerdings in unseren Vorhersagen bezüglich Straßenbau bestätigt. Viel zu hohe Erwartungen sind in den letzten Jahrzehnten geweckt worden und dass nun der auch von uns anerkannte Bauabschnitt in die Warteschleife gerät, ist zu bedauern. Wir warnen aber davor, Daseinsvorsorge unter dem Blickwinkel Straßen- Straßen und nochmals Straßen zu sehen. Wenn das CSU geführte Ministerium in Berlin meint, eine vom Land BA-Wü erarbeitete Prioritätenliste, bei der dieser Abschnitt ganz oben steht nicht beachten zu müssen, ist das mehr als arrogant. Wir sind gespannt, wie die Union dies ihren Wählern erklären will und warten schon gespannt auf das nächste Schwarze –Peter- Spiel.

Abfallwirtschaft:

Wir begrüßen die Fortschritte beim Abfallwirtschaftskonzept ausdrücklich und freuen uns, dass immer mehr Wertstoffe einer Wiederverwendung oder Weiterverarbeitung zugeführt werden. Wir hoffen auf eine große Akzeptanz der Biomüllsammlung, sind aber auch der Meinung, dass die Einführung mit einem Höchstmaß an Aufklärung und Werbung einhergehen muss.

Uns wäre die Tonne lieber gewesen als der Beutel und wir bedauern auch, dass durch eine durchweg negative Pressebegleitung das verabschiedete Grüngutkonzept bereits jetzt ins Abseits gerät. Nochmals- wir halten dies für die wirtschaftlich am zweckmäßigsten und den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Umsetzung. Warum das seitherige System mit vermüllten Kompostplätzen, Kompost, der nur mit viel Geld auf die Äcker gebracht werden konnte, unzureichenden Qualitätsstandards, viel Individualverkehr usw. auf einmal nostalgisch durch die rosarote Brille gesehen wird, ist uns schleierhaft.

Was im Landkreis geklärt werden muss, ist die Vermarktung des Kompostes und **A: darüber erwarten wir einen Bericht verbunden mit finanziellen Aussagen.**

Im tiefschwarzen Nordschwarzwald hat der Landkreis Freudenstadt eine Bioabfallbehandlungsanlage gebaut, in der für Klinikum und andere Einrichtungen Gas gewonnen wird und aus der Biomasse u.a. Kompost entsteht. Sie sehen, es funktioniert.

Forstwirtschaft

Sorge machen uns der Wald und die Forstwirtschaft. Durch das Urteil des Bundeskartellamtes aufgrund einer Klage der privaten Sägeindustrie aus dem Jahr 2002 werden Strukturen völlig zerschlagen und sinnvolle Regelungen außer Kraft gesetzt. Durch geschickte Verhandlung des Landes können ca 76 % des Waldes bewirtschaftet werden wie seither. Nur – welche Auswirkungen hat dies auf den Landkreis?

A: Sobald erste Ergebnisse der neuen Struktur da sind, soll der UVA informiert werden, dies ließe sich auch mit der noch ausstehenden Exkursion verbinden.

Soziales und Jugendhilfe:

Asylpolitik

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sieht in den steigenden Flüchtlingszahlen eine große humanitäre Herausforderung, die nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu bewältigen sei. Er sagte sinngemäß aber auch, dass die eigentlichen Probleme die Menschen haben, die hier bei uns Asyl suchen, die Familie und Heimat verlassen haben, aus den unterschiedlichsten nachzuvollziehenden Gründen.

Wir haben bereits im letzten Jahr beantragt, die Menschen im Landkreis im Rahmen einer Veranstaltung über Gründe und Hintergründe zur Flucht aus den jeweiligen Herkunftsländern zu informieren. Leider kam diese Veranstaltung nicht zustande.

A:In diesem Jahr beantragen wir, dass der Landkreis zusammen mit dem Freundeskreis Asyl und in Kooperation mit den Trägern, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind (DRK,Diakonie) eine Informationsbroschüre herausgibt, mit der allgemein über die Flüchtlingssituation im Landkreis Göppingen informiert wird.

Diese Informationen sind wichtig, um Vorurteilen oder falsche Annahmen vorzubeugen. (Die Stadt Weinheim hat es vorgemacht, unter dem Titel „Menschen fliehen um ihr Leben- wie wir in Weinheim helfen können“.)

Die Broschüre listet Krisenherde und Fluchtgründe auf, benennt die vorhandenen und geplanten Unterkünfte im Landkreis, beschreibt die Standards für das Wohnen der Flüchtlinge und das Betreuungskonzept des Landkreises, nennt Ansprechpartner, vernetzt mit Initiativen aus der Flüchtlingsarbeit und lädt zum Engagement ein.

Nach wie vor steht die Unterbringungsproblematik im Vordergrund, obwohl die Bereitschaft der Kommunen, Unterkünfte bereit zu stellen, gewachsen ist.

Mehr Gestaltungsmöglichkeiten hat der Landkreis bei der Sozialberatung und Betreuung. Hier waren wir uns über die Entwicklung einer dezentralen Betreuungskonzeption einig; der Lkr hat inzwischen mehr Personal eingestellt, bürgerschaftliches Engagement hat sich in einigen Städten und Gemeinden entwickelt.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege hat jüngst einen Fachtag zum Thema durchgeführt. Als ein Ergebnis wurde festgehalten, dass die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände mit ihren ehren- und hauptamtlichen Strukturen hilfreich sein

kann, wenn es um die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und die Vernetzung der Gruppen und Angebote geht. Eine Miteinbeziehung oder gar Übertragung der Sozialbetreuung auf die Ligaverbände ist ernsthaft zu prüfen, da wesentliche Synergien entstehen könnten und dies auch dem Subsidiaritätsprinzip der Landesverfassung entsprechen würde.

Um die engagierten Menschen und Gruppierungen mit der Gesamtproblematik nicht allein zu lassen, sollte eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, welche ergänzend und unterstützend tätig werden kann. Eine Mitfinanzierung über das Integrationsministerium sollte möglich sein. Flankierend denken wir auch an einen „Runden Tisch Asyl/Flüchtlinge“ auf Landkreisebene, der mehrmals im Jahr tagt und bei dem das komplexe Thema in all seinen Ausprägungen und Themen umfassend besprochen werden kann – sicher auch gleichzeitig ein Beitrag zu mehr Effizienz und Effektivität. Der Kreis muss in jeder Beziehung vielfältig zusammengesetzt sein.

A:Wir beantragen, unsere Ideen und Vorschläge zu prüfen mit den Wohlfahrtsverbänden und im Sozialausschuss zu diskutieren und ggf. die entsprechenden Beschlüsse fassen zu lassen.

Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Göppingen

Dieser Sozialplan ist nun in die Jahre gekommen – dies sollte zum Anlass genommen werden, den Plan in Gänze mit den Teilen A. und B. und die bisherige Umsetzungspraxis der enthaltenen Maßnahmen kritisch zu würdigen.

Vieles wurde erreicht und realisiert: Konzeption „Offene Hilfen für die Freizeitgestaltung“, Freizeitbörse, Patientenfürsprecher, Inklusionspreis, Internetseiten für Menschen mit Unterstützungsbedarf, neue Werkstattplätze, Sucht-Tagesklinik.

Darauf können wir ebenso stolz sein wie auf die Tatsache, dass wir der erste Landkreis waren, der einen eigenen Teilplan für Menschen mit seelischen Behinderungen aufgestellt hat.

In jüngster Vergangenheit wurden auf Landesebene neue gesetzliche Regelungen verabschiedet (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz / Gleichstellungsgesetz), die ab

nächstem Jahr vor Ort in der Praxis angewandt und umgesetzt werden müssen. Den Kreisen wird hierbei eine nicht unwesentliche Rolle zugeschrieben.

A: Wir beantragen, beginnend ab 2015, den Teilhabeplan gemeinsam mit dem KVJS zu überarbeiten und weiterzuentwickeln. Das „Forum Teilhabe“ muss ebenso mit einbezogen werden, um den Praxisbezug sicherzustellen.

Allgemeiner Sozialer Dienst – Amt für Soziale Dienste (ASD)

Auch zu diesem Thema darf ich auf unsere letztjährige Stellungnahme verweisen.

Nachdem das Imaka-Gutachten vorliegt

A: beantragen wir die Einrichtung eines ASD beim Kreissozialamt und gehen davon aus, dass dieser nach und nach mit Personalstellen ausgestattet werden muss.

Begründung: Im Alter nimmt die Zahl der allein stehenden Menschen zu. Oft verbringen sie Tage und Wochen allein in ihrer Wohnung, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist nicht mehr möglich. Auch in Göppingen sind schon Menschen gestorben, ohne dass es jemand bemerkt hat.

Die Fachkonferenz „Altenhilfe“ und die örtliche AG für Betreuungsangelegenheiten haben übereinstimmend erklärt, dass unbedingt wieder ein ASD für den Bereich des Sozialamtes geschaffen werden muss. Dieser soll sozialraumbezogen arbeiten und Beratung und Einzelfallhilfe für den genannten Personenkreis anbieten. Eine Vernetzung mit den unterschiedlichen Angeboten und sozialen Dienstleistungen könnte dem Personenkreis ein selbstbestimmtes und erfüllteres Leben ermöglichen. Letztlich kann dies in bestimmten Fällen auch teure stationäre Maßnahmen verhindern, indem der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit mit dieser Hilfe gesichert werden kann.

Die zunehmende Brisanz des Themas ergibt sich aus der demographischen Entwicklung und sowie der Zunahme von psychischen Erkrankungen .

A: Außerdem warten wir noch immer gespannt auf die Einführung der Schulsozialarbeit am landkreiseigenen Sonderschulzentrum. Wir gehen davon aus, dass diese Ungleichbehandlung behoben wird und die Schule gleichbehandelt wird wie alle anderen Landkreisschulen. Wir bitten die Verwaltung zeitnah zu berichten, wann wie gestartet wird.

Familientreffs

Es gibt wenig pädagogische und soziale Hilfe- und Unterstützungsangebote, die von Teilnehmenden und Engagierten so positiv bewertet werden wie die 8 Familientreffs im Landkreis. Eine vom Landkreis in Auftrag gegebene Studie bestätigt eindrucksvoll, dass sowohl Kinder, Eltern als auch die engagierten Ehrenamtlichen von der Teilnahme am Angebot profitieren. Die Ziele der Treffs, wie z.B. die altersgerechte Förderung der Kinder, die Erfahrung der sozialen Einbindung, Hilfe zur Selbsthilfe, werden durch vielfältige und bedarfsorientierte Angebote in hohem Maße erreicht. Das niedrighschwellige Angebot und die Offenheit der Konzeption ermöglichen auch sonst schwer erreichbaren Zielgruppen guten Zugang und wirken somit präventiv und integrativ.

Die wenigen „Schwächen“ des Konzeptes können als strukturell betrachtet werden, sollten aber an manchen Stellen nachgebessert werden, um das „Erfolgskonzept Familientreff“ auf ein sicheres Fundament zu stellen. Wir legen die Erkenntnisse der Studie zugrunde und

A:beantragen, die zusätzlich eingeplanten Mittel schwerpunktmäßig zu verwenden für:

- die Entwicklung eines systematischen Konzeptes zur Gewinnung und Begleitung Ehrenamtlicher. Regelmäßige Fortbildung und Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche.**
- die Stärkung der Leitung durch eine tragfähige Vertretungsregelung bei Urlaub und/oder Krankheit der Leitung**
- mehr personelle Ressourcen und fachliche Unterstützung für eine flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit und den**
- Ausbau der Kooperation mit anderen Akteuren wie Kindertagesstätten, Schule und anderen Jugendhilfeangeboten.**

Digitalisierung

Digitalisierung – das ist einer der Entwicklungsbereiche an denen sich die Zukunftsfähigkeit eines Standortes entscheidet. Das Land hat beim Breitbandausbau seine Zuschüsse verdreifacht (ab 2015 von 11,7 Mio auf rund 31 Mio Euro). Nun kommt es auf die Umsetzung vor Ort an, darauf dass diese Zuschüsse zukunftsgerichtet verwendet werden. Dabei sehen wir die Unternehmen, die letztlich Gewinne mit der Datenübertragung erzielen, in der Pflicht, bis zum Endkunden auszubauen! Eine zunehmende Kommunalisierung und damit Steuerfinanzierung dieser Kosten im Rahmen der Daseinsvorsorge betrachten wir mit Sorge. Unbestritten gibt es Handlungsbedarf, auch im Landkreis Göppingen. Der Bericht zur Breitbandinitiative der Wirtschaftsförderung hebt die immense Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit hervor, die auch durch höhere Fördersätze im Rahmen der Breitbandinitiative II des Landes gefördert wird. Hier muss der Landkreis zusammen mit dem Verband Region Stuttgart vernetzend und unterstützend tätig werden um zu den langfristig wirtschaftlichsten Lösungen für die Kommunen zu gelangen. Dennoch werden hier Kosten auf uns zukommen, die noch in keiner Finanzplanung auftauchen.

A: Wir beantragen einen Bericht der Wirtschaftsförderung über die Ergebnisse des Backbone-Masterplans, unter Hinzuziehung des beauftragten

Unternehmens und die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Kosten kommen prognostisch insgesamt auf die Gebietskörperschaft des Landkreises zu, wenn man die Lücken, vor allem in den Gewerbegebieten schließen will?
- Welche Aufgabe kommt dem Landkreis weiterhin, nach dieser umfangreichen Datenerhebung, zu?
- Wie wird der Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit, wo wirtschaftlich sinnvoll und technisch möglich, seitens des Landkreises unterstützt?
- Wo liegen die Chancen der Gründung eines kommunalen Vereins mit der Region Stuttgart, wie in KT/2014/15 vorgeschlagen? Welche Aufgaben könnte ein solcher Zusammenschluss haben?

TTIP

Am 1. Oktober 2014 haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit der VKU (Verband kommunaler Unternehmen) ein Positionspapier zur geplanten, und in Vorbereitung befindlichen transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, besser bekannt unter dem Begriff Freihandelsabkommen TTIP, veröffentlicht. Darin begrüßen sie zwar grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA weiter ausgebaut werden sollte und damit auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft gesichert werde, die Verbände verdeutlichen aber auch, dass TTIP sowie weitere Freihandelsabkommen erhebliche Risiken für die Daseinsvorsorge, auch in den Kommunen, bringen könnten.

Kommunale Dienstleistungen, wie beispielsweise die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Öffentliche Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder die Kultur dürfen durch das Abkommen nicht tangiert werden, sind sich die Geschäftsführer der Verbände einig.

Angesichts dessen, dass TTIP derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird, bitten wir die Verwaltung,

A: einen Vertreter des Landkreistags einzuladen, der dem Kreistag über TTIP und die erwarteten Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge nach jetzigem Stand berichtet und die Position der kommunalen Spitzenverbände erläutert.

Gegebenenfalls sollte der Kreistag eine Resolution verabschieden, die die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip gegenüber der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, der Bundesregierung, und der Landesregierung verdeutlicht.

Genderpolitik

Nach wie vor haben wir bei Stellenausschreibungen für Führungspositionen nur eine geringe Anzahl von Bewerbungen von Frauen. Dies passt nicht in unsere Zeit. Wir wollen Frauen die Möglichkeit bieten, eigene Potenziale aufzuspüren.

Die Mitarbeiterschaft des Landkreises Göppingen als Arbeitgeber ist weiblich. Dem ersten Chancengleichheitsbericht ist zu entnehmen, dass rd. 70% der Landkreisbediensteten Frauen sind. Insbesondere in den oberen Führungsebenen sind Frauen aber mit rd. 18% deutlich unterrepräsentiert. Andererseits merken wir bei

Stellenbesetzungen von Führungspositionen, dass nur in geringer Anzahl Bewerbungen eingingen. Wir müssen die Anstrengungen erhöhen, indem Frauen motiviert werden, sich Führungspositionen zuzutrauen, Frauen aus dem Haus.

A:Wir beantragen die Durchführung einer Seminarreihe „Karriere für Frauen“ in der Landkreisverwaltung. Mitarbeiterinnen, auch landkreiseigener Unternehmen, sollen zur Bewerbung um Führungspositionen ermutigt und auf sie vorbereitet werden. in der Landkreisverwaltung.

Die Seminarreihe soll von der Beauftragten für Chancengleichheit in enger Abstimmung mit dem Hauptamt organisiert werden.

Dafür sind 5.000 €im Haushalt zusätzlich vorzusehen.

Weibliche Karriere scheitert häufig an den Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Obwohl in den Kommunen viele Anstrengungen unternommen wurden, wohnortnah Kinderbetreuungsplätze anzubieten, auch im Krippenbereich, scheint es für Frauen schwierig zu sein, just, wenn die Jobmöglichkeit kommt, das geeignete Angebot auch wohnortnah zu ergattern. Auch zeigen Erfahrungen, dass insbesondere bei der U3-Betreuung vielfach der Wunsch nach einer Betreuung in der Nähe des Arbeitsortes besteht. Wir bedauern es daher, vor allem aus Gründen der Personalentwicklung, dass der grüne Antrag zur Einrichtung einer betriebsnahen Krippengruppe im vergangenen Jahr abschlägig entschieden wurde.

A:Wir beantragen, Gespräche mit der Stadt Göppingen über das sog. Belegplatzmodell zu führen und dies als Alternative zur eigenen Betriebskita zu prüfen. Dieses Modell erlaubt den direkten Zugriff und das Belegungsrecht seitens des Landkreises auf in Einrichtungen vorhandene Plätze.

Kreisbaugesellschaft Filstal mbH

Der Landkreis Göppingen ist mit 52,56% Mehrheitsgesellschafter an der Kreisbaugesellschaft Filstal mbH. Diese Gesellschaft hat als Unternehmensgegenstand die Bereitstellung einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung und Unterstützung der kommunalen Siedlungspolitik.

A: Wir beantragen einen Bericht über die Arbeit der Kreisbau.

Insbesondere interessiert uns,

1. mit welchen Maßnahmen die Kreisbau zum beschlossenen Ziel "klimafreundlicher Landkreis" beiträgt und weiter beitragen kann. Beispiel hierfür kann die Bergfeldsiedlung sein.

2. die Versorgung der Gemeinden mit sozial verträglichem Wohnraum. Gibt es Gemeinden, die diesen benötigen und wie werden sie unterstützt?

In Anbetracht der bereits angesprochenen aktuellen Flüchtlingssituation stehen alle Städte und Gemeinden vor schwierigen Herausforderungen. Uns interessiert

A: Wie kann die Kreisbau in dieser Situation helfen? Wo und welche Unterkünfte sind geplant? Können sich die Gemeinden an die Kreisbau zur Unterstützung wenden?

Die Kreisbau hat durch ihre Tätigkeit als Bauträger Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaft eine hohe Kompetenz im Bereich Gebäudemanagement. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise würden wir gerne wissen:

A: Welche Angebote werden mit diesem Know-How den Gesellschaftern und Mietern zum Thema Energiesparen und Energiemanagement gemacht?

Landratsamt 2015

Mit Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unseren langfristigen Investitionen in Immobilien, Straßen etc. nicht so langlebig sind wie wir das angenommen haben

Dies kann langfristig auch im neuen Haushaltsrecht zu großen Problemen führen.

Die Abschreibungszeiten sind kürzer und die damit verbundenen jährlichen Aufwendungen werden wesentlich höher sein als geplant. Umso wichtiger ist es, beim Planen und Bauen in Zukunft großen Wert auf Nachhaltigkeit zu legen.

Das Gesagte gilt auch für das Landratsamt. Die Machbarkeitsstudie zeigt Notwendigkeiten und Möglichkeiten auf.

Mit den im Frühjahr vorliegenden Ergebnissen des Architektenwettbewerbs haben wir dann eine gute Basis, um weiter nachdenken zu können wohin wir wollen und müssen.

Aus unserer Sicht ist es notwendig, die Bevölkerung mitzunehmen. Zeitnahe Kommunikation und Beteiligung können das Vorhaben erklären und Verständnis wecken.

A: Wir beantragen, dass die Verwaltung sobald die notwendigen Informationen vorliegen, Bürgerbeteiligung nach dem beschlossenen Verfahren einleitet.

Kliniken:

Da sind wir mitten in den wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahrzehnte. Hoffnung machen die leicht erhöhten Investitionsmittel des Landes zur Investitionsförderung. Dass die bevorstehende Krankenhausreform den Spagat zwischen wirtschaftlichem Handeln und der Fürsorge für Patienten und Mitarbeitende leichter macht, glauben wir kaum. Ich zitiere aus einer PM:

„Hohe medizinische Qualität, sicher und gut erreichbar: Das Krankenhaus der Zukunft soll diesen Standards entsprechen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Bund und Ländern hat die notwendigen Schritte für eine Krankenhausreform erarbeitet und heute Eckpunkte vorgelegt. Die Eckpunkte sollen im nächsten Jahr in Gesetzen und Regelungen umgesetzt werden.“

Für die Kliniken bleibt es ein harter Weg. Umso mehr hoffen wir, dass mit dem begonnenen Prozess der Beteiligung von Mitarbeitern am Klinikneubau diesen die Möglichkeit gegeben wird, ihren Sachverstand einfließen zu lassen und so ihren Arbeitsplatz der Zukunft planen zu können. Uns ist es wichtig, diesen unsere Anerkennung auszusprechen für ihre nicht immer leichte Arbeit. Für den Prozess des Planens erneuern wir unsere Forderung aus dem letzten Jahr zum Thema Energieeffizienz.

Zum Schluss das Wichtigste- die Finanzen

So wenig Schulden hatten wir noch nie-irgendwo zwischen 26 und 31 Millionen. Es gibt aber auch enorme Großinvestitionen, die es anzugehen gilt. Der bevorstehende Kreditbedarf wird für die kommenden Jahre mit ca 100 Millionen beziffert.

Gleichzeitig muss der Personalbestand erhöht werden, in Zahlen ausgedrückt steigen die Bruttopersonalkosten um ca 2,1 Mio. Nun haben wir den Eindruck, dass der Landkreis rein rechnerisch auch mit dem Hebesatz aus dem letzten Jahr auskommen könnte. Da wir als Fraktion selbst keine kostenneutralen Anträge gestellt haben, warten wir die weiteren Beratungen ab, ob wir dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen. Wir wünschen uns da auch nochmals eine klare Positionierung der Verwaltung.

Ein kleines Ziel haben wir als Fraktion erreicht- wir sind nicht mehr die letzten in der Rednerliste und als Fraktionssprecherin ist eine Frau dazu gekommen!

Insofern freuen wir uns auf konstruktive Haushaltsberatungen

Bedanken möchte ich mich bei allen Beiträgen für die Haushaltsrede

Für die Fraktion

Martina Zeller-Mühleis